

Wahlprüfsteine zur Europawahl 2024

Mai 2024

Zur Europawahl am 9. Juni 2024 hat das Bundesforum Männer bei CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Linken nachgefragt, welche Vorstellungen sie von Gleichstellungspolitik und der Rolle von Jungen, Männern und Vätern darin haben.

Untenstehend finden sich die Antworten, nach Fragen und Parteien geordnet.

1. Was macht eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene aus?

CDU/CSU	CDU und CSU setzen sich für eine moderne Gleichstellungspolitik auf europäischer Ebene durch die Förderung von Chancengleichheit und die Beseitigung von Diskriminierung ein. Dies umfasst Maßnahmen zur Erhöhung der Transparenz von Gehältern, um den Gender Pay Gap zu schließen und die Verpflichtung des gleichen Entgelts für gleiche Arbeit zu erfüllen sowie die Stärkung von Frauen in Führungspositionen. Eine moderne Gleichstellungspolitik nimmt Frauen wie Männer in den Blick.
SPD	Wir wollen ein Leben in Würde für alle, und wir sehen die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen als Grundlage der Demokratie. Wir sorgen für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft und wollen Geschlechterstereotypen und -klischees überwinden. Ein Europa des Respekts ist ein diskriminierungsfreies Europa, denn diskriminierungsfreie Gesellschaften sind glücklicher, gesünder, resilienter, wohlhabender, sicherer und vor allem gerechter. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Homophobie sind Gift für ein gutes und friedliches Zusammenleben. Menschenfeindliche wie antidemokratische Tendenzen sind innerhalb der EU und weltweit sichtbar. Wir werden nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und rechte Regierungen erkämpfte Rechte infrage stellen und angreifen. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten vieles erreicht in Deutschland und in Europa – aber noch lange nicht alles.
Bündnis 90 / Die Grünen	Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, selbstbestimmt leben und gleichberechtigt teilhaben können. Eine zeitgemäße Gleichstellungspolitik berücksichtigt die Lebensrealitäten aller Menschen. Dazu gehört die

	Förderung der ökonomischen Unabhängigkeit von Frauen, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Familien, der Schutz vor Gewalt und die Stärkung der körperlichen Selbstbestimmung aller Menschen.
FDP	Wir Freie Demokraten kämpfen für eine freiheitliche Gesellschaft, die auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter und Lebensentwürfe aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume erweitert. Wir wollen, dass sich jede und jeder mit den individuellen Fähig- und Fertigkeiten selbstbestimmt in unserer Gesellschaft einbringen kann. Für uns ist daher die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen ein wichtiges politisches Ziel und zugleich Ausdruck einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft – auf nationaler wie europäischer Ebene. Ausdruck dessen ist zum Beispiel unser Einsatz für den Schutz nationaler Minderheiten, die Bekämpfung von Alltagsdiskriminierung und die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Ehen und Elternschaften. In der Arbeitswelt wollen wir Freie Demokraten ein ganzheitliches Diversity Management als Teil der ökonomischen Modernisierung und als sinnvolle Alternative zu Quoten voranbringen. So schaffen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion. Gerade der Mittelstand soll bei der Entwicklung von Konzepten unterstützt werden. Im öffentlichen Dienst sind die Strukturen der Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten in ein ganzheitliches Diversity Management einzubinden.
Die Linke	Eine Gleichstellungspolitik auf der Höhe der Zeit bedeutet für Die Linke, einen umfassenden und intersektionalen Ansatz zu verfolgen. Gleichberechtigung in diesem Sinne auf allen Ebenen voranzubringen, steht für uns in enger Verbindung mit der Umverteilung der gesellschaftlichen Sorge- und Erwerbsarbeit zwischen den Geschlechtern. Zentral sind dabei zwei Punkte: 1. die Aufwertung bislang "weiblich" konnotierter Erwerbstätigkeiten (z.B. in der Pflege und Erziehung). 2. die vermehrte Übernahme der privaten und beruflichen Sorgearbeit durch Männer. Dazu sind in den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten jeweils unterschiedlicher Ansätze zu verfolgen.

2. Welche Rolle spielen Jungen, Männer und Väter in einer solchen Gleichstellungspolitik?

CDU/CSU	CDU und CSU sehen Jungen, Männer und Väter als wichtige Partner in der Gleichstellungspolitik. Sie sollen ermutigt werden, aktive Rollen in der Familie zu übernehmen und sich für die Gleichstellung der Geschlechter einzusetzen. Dies beinhaltet auch die Unterstützung von Vätern durch flexible Arbeitszeitmodelle und Elternzeitregelungen.
---------	---

SPD	Die Gleichstellung der Geschlechter gilt nicht nur für Frauen, sondern für alle Bürgerinnen und Bürger und die Gesellschaft als Ganzes, und wir brauchen nicht nur Frauen und Mädchen, sondern auch Männer und Jungen, um sie zu erreichen. Wir machen Politik für alle, feiern die Vielfalt und kämpfen für die Gleichstellung, denn niemand von uns ist frei, solange wir es nicht alle sind. Um schädlichen Geschlechterstereotypen und -normen entgegenzuwirken, müssen wir von klein auf präventiv arbeiten. Es kommt darauf an, diese Stereotypen schon in den Schulen zu thematisieren, um die Sexual- und Beziehungserziehung und Gewaltprävention durch geschlechtsspezifische und geschlechtersensible Bildungsprogrammen für Jungen und Mädchen zu stärken.
Bündnis 90 / Die Grünen	Männern und Jungen kommt eine wichtige Rolle innerhalb der Gleichstellungspolitik zu. Auch sie leiden unter patriarchalen Strukturen, Queer- und Transfeindlichkeit. Zudem sind viele Männer gesundheitlich durch ein starres, stereotypisches Männerbild beeinträchtigt. Viele Väter wünschen sich, mehr Sorgearbeit innerhalb der Familien zu übernehmen, was jedoch durch die derzeitigen Bedingungen erschwert wird. All diese Punkte wollen wir angehen und durch eine starke Gleichstellungspolitik die Situation von Frauen und Männern in Europa verbessern. Dabei ist es von großer Bedeutung, auch die Bedarfe und Perspektiven von Männern zu berücksichtigen.
FDP	Jungen, Männer und Väter sind selbstverständlich Teil unserer Anstrengungen, eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu erreichen, in der jeder Mensch sein individuelles Glück suchen und selbstbestimmt seinen Weg gehen kann. Als Vorbilder, Partner und Elternteile sind sie hierbei unverzichtbar. Zugleich werden bestimmte Anliegen von Männern und Vätern, etwa das vermehrte Bedürfnis, mehr Zeit für Familienarbeit zu haben, oft gesellschaftlich noch nicht wie bei Frauen anerkannt. Wir Freie Demokraten setzen uns hier beispielsweise dafür ein, Eltern eine gleichberechtigtere Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit zu ermöglichen. Dazu treten wir für den Ausbau des Kinderbetreuungssystems ein und setzen auf mehr Chancengerechtigkeit in der Arbeitswelt. Beim Sorge- und Umgangsrecht setzen wir uns zudem dafür ein, dass Trennungseltern besser unterstützt werden, ihre Kinder partnerschaftlich zu betreuen.
Die Linke	Wir wollen Jungen, Männern und Vätern ermöglichen, einen gerechten Anteil an der Sorgearbeit zu leisten. Das befördern wir z.B. durch entsprechende Regelungen im Elterngeld. Und zentral ist für uns eine kurze Vollzeit für alle, die auch den Männern mehr Zeit für Familie und Sorgearbeit lassen soll. Wir wollen eine gesellschaftliche Debatte befördern, wie individuelle Männer sich entscheiden können, nicht Nutznießer des Patriarchats zu werden. Dies umfasst zum einen die Bereitschaft, sich an der Umverteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit aktiv zu beteiligen. Zum anderen betrifft dies die aktive Auseinandersetzung mit neuen Rollenbildern für Männer, die den Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung verpflichtet sind.

3. Was sind die wichtigsten Baustellen beim Thema „Geschlechtergerechtigkeit“ für Frauen und Männer, die in der kommenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments angegangen werden müssen?

CDU/CSU	Aus Sicht von CDU und CSU müssen im Europäischen Parlament insbesondere die Themen Lohngerechtigkeit, die Erhöhung des Frauenanteils in Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen sowie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen angegangen werden. Zudem ist die Förderung der Gleichstellung in Führungspositionen ein zentrales Anliegen.
SPD	Die europäische Gleichstellungsstrategie muss effektiv umgesetzt werden. Die LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie (2020 bis 2025) muss umgesetzt und stetig weiterentwickelt werden. Beide Strategien sollten, unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen und mit eigenem Budget ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030 erneuert werden. Rund 90% der Staatsoberhäupter der EU sind Männer. Die Fraktion der Socialists and Democrats (S&D) im Europäischen Parlament von einer Frau geführt wird. Unser Ziel ist Gleichstellung und Parität in den EU-Institutionen. Wir streben Geschlechterparität in der Kommission an und werden dafür sorgen, dass ein Kommissionsmitglied ausdrücklich für das Thema Gleichstellung zuständig ist – Gleichstellung von Frauen und Männern, für Antidiskriminierung und LGBTIQ+-Rechte. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Europäische Gleichstellungsinstitut EIGE weiter zu stärken. Der EU-Haushalt soll mittels Gender Budgeting geschlechtergerecht aufgestellt werden.
Bündnis 90 / Die Grünen	Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken und ausbauen. Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der kommenden Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um in Sachen Gleichberechtigung voranzukommen. Wir wollen ein effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt durchsetzen. In der neuen Haushaltsordnung ist festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern nach Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Transparenz auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung für alle Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden.

FDP	Wir wollen, dass alle Eltern und pflegende Angehörige frei entscheiden können, welches Arbeitsmodell sie wählen. Daher setzen wir uns für den Ausbau erschwinglicher Kinderbetreuung und Altenpflege ein, um eine bessere Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit nach den eigenen Wünschen zu ermöglichen. Darüber hinaus fordern wir, dass jeder europäische Staat schrittweise sicherstellt, dass jedes Kind in Europa Zugang zu einer bezahlbaren Kindertagesstätte und Ganztagsbetreuung in den Schulen hat. Ebenso wollen wir die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten erleichtern. Zudem setzen wir uns für gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern ein.
Die Linke	Die EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter läuft Ende 2025 aus. Das Europäische Parlament (EP) hat die bisherige Umsetzung kritisch begleitet und auf Defizite hingewiesen. Zum Beispiel fehlen EU-weite Regeln zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Noch immer ist das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in vielen EU-Mitgliedsländern eingeschränkt. Die Linke will, dass sich dies ändert. Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung muss EU-weit gestärkt werden. Ebenfalls auf der Agenda bleiben die Bekämpfung von Geschlechterstereotypen, der Ungleichheit in der Arbeitswelt und der Ungleichverteilung der unbezahlten Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern.

4. Welche Maßnahmen möchten Sie auf europäischer Ebene politisch umsetzen, um die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege zu verbessern und welche Rollen spielen dabei Jungen, Männer und Väter?

CDU/CSU	CDU und CSU setzen sich dafür ein, auf europäischer Ebene den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagsbetreuungsplätzen fördern. Eltern, Väter wie Mütter, sollen durch Angebote wie Betriebs-Kitas und flexible Arbeitszeiten unterstützt werden, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.
SPD	Ein zentrales Ziel moderner Gleichstellungspolitik ist es, eine partnerschaftliche Lebensweise von Frauen und Männern, Müttern und Vätern zu ermöglichen. Partnerschaft auf Augenhöhe sorgt dafür, dass beide, Frau und Mann, erwerbstätig sein und damit den eigenen Lebensunterhalt sichern können, dass sie die Hausarbeit gerecht verteilen und beide sich um pflegebedürftige Angehörige und Kinder kümmern können. Wir wollen den Gender Gap auch bei Pflege und Betreuung schließen. Daher streben wir das Modell „Equal Carer – Equal Earner“ an, ein gleichstellungsorientiertes Erwerbs- und Sorgemodell. Zur Umsetzung der EU-Vereinbarkeitsrichtlinie (2022) plant Deutschland die 14-tägige Familienstartzeit für Partner/Partnerinnen - die sich noch in der Ressortabstimmung befindet. Außerdem arbeitet die Bundesregierung an einer

	Reform der Familienpflegezeit. Mit der Europäischen Pflegestrategie wurden die Themen Pflege und Betreuung in den Fokus gerückt und zusammengedacht.
Bündnis 90 / Die Grünen	Um für Frauen und Männern die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen, Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Männer sollen dabei unterstützt werden, aktiv zu gleichen Teilen Sorgearbeit und Pflegearbeit zu übernehmen. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr erwerbstätig sein und viele Männer wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen - die derzeitigen Bedingungen lassen es aber nicht zu.
FDP	Selbstverwirklichung muss für alle Menschen möglich sein – unabhängig vom Geschlecht. Damit Väter und Mütter Beruf und Familie besser vereinbaren können, wollen wir flexible Angebote zur Kinderbetreuung fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder europäische Staat schrittweise sicherstellt, dass jedes Kind in Europa Zugang zu einer bezahlbaren Kindertagesstätte und Ganztagsbetreuung in den Schulen hat. Ebenso wollen wir die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf durch eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten erleichtern. Entsprechend treten wir für eine Modernisierung der EU-Arbeitszeitrichtlinie ein. Wir treten zudem dafür ein, dass Vorständen und anderen Führungskräften aus familiären Gründen eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglicht wird. Wir fordern außerdem gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen und Männern. Zudem wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen, denn familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen für alle.
Die Linke	Wir setzen uns für kürzere Arbeitszeiten in ganz Europa ein, damit mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern entsteht. Wir schlagen dafür eine Verkürzung auf etwa 30 Stunden pro Woche (4-Tage-Woche) vor: bei vollem Lohn- und notwendigem Personalausgleich und für die Beschäftigten flexibel über die Berufsbiografie zu wählen. Wir wollen dazu Modellprojekte fördern. Arbeitszeitverkürzung darf nicht zur Verdichtung der Erwerbsarbeit führen. Dann können auch mehr Männer unbezahlte Sorgearbeit im Haushalt übernehmen. Pflege zu Hause wird weiterhin überwiegend von den Frauen der Familien geleistet, mit allen negativen Folgen einer "gebrochenen Berufsbiografie". Wir wollen Pflege – auch im häuslichen Umfeld – auf gute sozialversicherungspflichtige Jobs aufbauen.

5. Was möchten Sie im Europäischen Parlament unternehmen, um Gewaltschutz und -prävention auszubauen, und wie können Jungen und Männer dabei als “Agents of Change” – aber auch als Betroffene – berücksichtigt werden?

CDU/CSU	<p>Im Europäischen Parlament setzen sich CDU und CSU für den Ausbau von Gewaltschutz und Präventionsmaßnahmen ein. Gewalt gegen Frauen ist eines der am wenigsten verfolgten und bestraften Verbrechen der Welt. Das muss sich ändern. Dazu wollen wir Gewalt gegen Frauen in ganz Europa konsequent bestrafen. Ziel ist insbesondere die Verbesserung bei der Koordinierung der Strafverfolgung. Die „Istanbul-Konvention“ zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist umzusetzen. Jungen und Männer sollen als “Agents of Change” in die Präventionsarbeit einbezogen werden, um Gewalt zu verhindern und Betroffene zu unterstützen. Wir unterstützen ferner Beratungs- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Männer – z.B. durch den Ausbau des Männerhilfetelefon. Dieses wurde 2020 von den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Bayern initiiert und inzwischen auch auf weitere Bundesländer erfolgreich ausgeweitet.</p>
SPD	<p>Gewaltprävention durch gendersensible Sexualaufklärung und Bildungsprogramme sollte für Jungen und Mädchen angeboten werden. Sie soll aufklären über Zustimmung, Grenzen und Verantwortung aller beim Bemühen, geschlechtsspezifische Gewalt zu beenden. Gesamtgesellschaftliches Umdenken und moderne Rollenbilder tragen dazu bei, Gewalt zu beenden. Die Annahme der Istanbul-Konvention (IK) ist ein starkes Signal der EU für gemeinsame Werte. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen sie ratifizieren, die Vorgaben in nationales Recht übertragen, damit konsequent gegen geschlechtsspezifische Gewalt vorgegangen werden. Prävention soll sich auch an Männer und Jungen richten, damit sie sich aktiv an der Verhütung von Gewalt beteiligen. Die EU-Gewaltschutzrichtlinie legt Mindeststandards fest – mit einem umfassenden Ansatz: Prävention, Schutz, Strafverfolgung. Dies bewirkt ein gesellschaftliches Umdenken, das letztlich dazu beiträgt, sexuelle Gewalt zu verhindern, dazu gehört auch die Arbeit mit Täter*innen.</p>
Bündnis 90 / Die Grünen	<p>Präventionsarbeit zur Verhütung von Gewalt muss gendersensibel gestaltet werden und sich explizit an die unterschiedlichen Bedarfe und Situationen von Jungen und Mädchen richten. Aufklärungs- und Bildungsprogramme sollen insbesondere Jungen und Männer in einen Auseinandersetzungsprozess mit Grenzen und Verantwortungen bringen. Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Die Istanbul-Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards speziell zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden durch die Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte zurückgenommen. Nun muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden.</p>

	Die Istanbul-Konvention berücksichtigt ausdrücklich auch Männer als Betroffene von häuslicher Gewalt. Es ist wichtig, dass die Situation von Gewalt betroffenen Männern bei der Ausarbeitung von Schutzkonzepten einbezogen wird. Zudem enthält die Istanbul-Konvention Vorgaben zur Täterarbeit und Gewaltprävention.
FDP	Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass die verbleibenden Länder die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ratifizieren und dass alle Länder die Konvention umsetzen. Die Konvention sieht konkrete Schutz- und Präventionsmaßnahmen vor, z. B. die Einrichtung von ausreichend Frauenhausplätzen und Täterpräventionsarbeit. Frauen und zunehmend auch Männer müssen, wenn sie Gewalt erlitten haben, schnell und unkompliziert Schutz erhalten. Auf nationaler Ebene müssen Bund und Länder hier intensiver zusammenarbeiten. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein. Der Bedarf an Männerhäusern soll in den einzelnen Bundesländern erörtert werden. Wir sehen in der Präventionsarbeit einen wichtigen Faktor, um Gewalt vorzubeugen. Diese muss weiter ausgebaut und institutionalisiert werden. Hierbei sind auch Jungen und Männer verstärkt einzubeziehen, um positive Leitbilder zu vermitteln, sowie Projektarbeit an Schulen und Beratungsangebote auszubauen. Wir Freie Demokraten wollen zudem der Bekämpfung von Gewalt im Internet Priorität einzuräumen. Um mit Hatespeech und Cybermobbing richtig und autonom umgehen zu können, müssen durch Medienbildung in den Schulen bereits bei Kindern und Jugendlichen die digitalen Kompetenzen gefördert werden. Wir wollen die Opfer von Gewalt im Internet und von Hasskriminalität in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider erhalten.
Die Linke	Für jede dritte Frau in der EU gehört Gewalt durch den Partner zur alltäglichen Erfahrung. Trotz "Istanbul-Konvention" werden Tötungen von Frauen häufig nicht als Morde, sondern als Totschläge oder Körperverletzungen mit Todesfolge verurteilt. Deshalb wird sich Die Linke im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass die "Istanbul-Konvention" in allen EU-Mitgliedstaaten auch in strafrechtlicher Hinsicht vorbehaltlos umgesetzt wird. Zudem fordern wir eine flächendeckende Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen mit Schutzräumen, Beratungsangeboten und psychologischer Begleitung. Die Gewaltprävention muss durch Bewusstseins-schaffung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit gestärkt werden. Dabei müssen männliche Frauenverachtung und gekränkte Männlichkeit als Ursachen von Femiziden thematisiert werden. Vor allem Männer sind hier gefordert, auf Basis kritischer Selbstreflexion transformative Lernprozesse zu durchlaufen.

6. Wie wollen Sie sich in der Europäischen Union dafür einsetzen, Demokratieförderung und Extremismusprävention zu stärken, und welche Relevanz hat dabei eine Gleichstellungspolitik, die auch Jungen und Männer in den Blick nimmt?

CDU/CSU	CDU und CSU streben an, die Demokratieförderung und Extremismusprävention in der EU zu stärken. Dabei soll eine Gleichstellungspolitik, die auch Jungen und Männer berücksichtigt, dazu beitragen, demokratische Werte zu festigen und Radikalisierung entgegenzuwirken.
SPD	Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen überall dort direkt unterstützt werden, wo Demokratie und Rechtsstaatlichkeit besonders unter Druck stehen. Dafür streben wir einen Sonderfonds für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit an. Die Frage der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist keine innere Angelegenheit des jeweiligen Mitgliedsstaates, sondern ihre Verletzung ist eine Gefahr für die gesamte Union. So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat das Grundwerte-Verfahren des Art. 7 EU-Vertrag anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen, das Stimmrecht entziehen. Zudem wollen wir, dass die europäische Gleichstellungsstrategie weiterhin effektiv umgesetzt wird.
Bündnis 90 / Die Grünen	Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu zählt die Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur Deradikalisierung oder Angebote für Aussteiger*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene wollen wir EU-weit etablieren. Es ist zu beobachten, dass Männer anfälliger für viele Formen des Extremismus sind als Frauen. Präventions- und Programme zur Deradikalisierung müssen daher so gestaltet werden, dass sie gezielt Männer und Jungen adressieren.
FDP	Jeder EU-Mitgliedstaat hat sich vertraglich verpflichtet, europäische Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu achten. Wir setzen auf eine EU, die diese Werte auch nach innen verteidigt und konsequent gegen autokratische Regierungen vorgeht. Wer den Rechtsstaat mit Füßen tritt, dem müssen rasch EU-Fördermittel entzogen werden. Eine Gleichstellungspolitik, die die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen voranbringt, fördert eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Zudem wollen wir die Demokratie auf europäischer Ebene fördern, indem wir für mehr Transparenz und Bürgernähe sorgen. Klare, verständliche Verfahren und Beteiligung sorgen für Legitimität. Uns ist es wichtig, dass berechnigte Interessen von Jungen und Männern gewahrt und ihre Meinungen gehört

	werden. Dafür gibt es mit der Ansprache von Abgeordneten des Europaparlaments, Anhörungen, Ausschusssitzungen und vielem mehr bereits zahlreiche Instrumente, die auch Eltern-, Väter- und Jugendverbänden offenstehen.
Die Linke	Mehr als drei Viertel aller europäischen Bürger*innen wünschen sich mehr Mitsprache bei der Entscheidungsfindung in der EU. Die Linke wird sich deshalb im Europäischen Parlament dafür einsetzen, dass EU-Bürger*innen das Recht erhalten, über Volksentscheide und Volksbegehren die EU-Politik mitzugestalten und Gesetze zu initiieren. Wir wollen zudem EU-weit "Bürgerräte" einrichten, um die Mitsprache und Teilhabe der Bürger*innen zu stärken. Die "Europäische Zukunftskonferenz" wollen wir verstetigen und zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung ausbauen. Fragen der Gleichstellung, Teilhabe und Antidiskriminierung werden dabei wichtige Querschnittsthemen sein. Dies beinhaltet auch die Rolle von Männern bei diesen Themen.

7. Wie gedenken Sie – v.a. mit Blick auf die Männergesundheitsstrategie der WHO für die europäische Region (2018) – jungen- und männerspezifische Bedarfe in der Gesundheitspolitik differenzierter zu berücksichtigen und zu fördern?

CDU/CSU	CDU und CSU teilen die Auffassung, dass männerspezifische Gesundheitsthematiken ein wichtiger Eckpfeiler der medizinischen Versorgung sind. Konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung müssen von den Nationalstaaten getroffen werden. Die Europäische Union besitzt hier nur wenig Regelungskompetenz. Als CDU und CSU wollen wir in Europa eine Gesundheitsunion schaffen, die aber nicht zu einer Vereinheitlichung der Gesundheitssysteme führt. Viele Krankheiten betreffen überdurchschnittlich Männer. Als CDU und CSU wollen wir gemeinsam schwere Krankheiten bekämpfen und den europäischen Krebsplan vollständig umsetzen. Wir sind für einen europäischen Plan für Herz-Kreislauf-Gesundheit sowie einen EU-Aktionsplan für psychische Gesundheit.
SPD	Die Berücksichtigung von Geschlechterfragen ist eine übergreifende gesundheitspolitische Verantwortung, die sich in zahlreichen Vorhaben und Maßnahmen der Gesundheitspolitik, darunter Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung, widerspiegelt. In der EU haben wir uns beispielsweise im Rahmen des Krebsplans dafür eingesetzt, dass Vorsorgemaßnahmen wie Prostata-Screening aufgenommen und in der EU flächendeckend angeboten werden. Um die geschlechtsspezifische medizinische Forschung weiter voranzutreiben, werden wir den Rahmen des europäischen Forschungsprogramms verstärkt nutzen. National streben wir ein umfassendes Präventionsangebot im Bereich kardiovaskulärer Erkrankungen, die derzeit noch zum Lebenserwartungsdefizit bei Männern beitragen, und mehr Aufklärung über

	sexuelle Gesundheit und Folgen von Drogen- und Alkoholkonsum an. Zudem wollen wir die geschlechtsspezifische Gesundheit bei dem angestrebten Nationalpräventionsplan stark betonen.
Bündnis 90 / Die Grünen	Gesundheitspolitik muss geschlechtersensibel sein und die Perspektiven und Bedürfnisse aller Geschlechter berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen die medizinische Beratung und Versorgung erhalten, die sie benötigen. Viele Männer leiden gesundheitlich - sowohl körperlich als auch mental - unter einem starren, stereotypen Männlichkeitsbild. Dazu zählt, dass Männer seltener zum Arzt gehen, häufiger mit Alkohol- und Drogenkonsum kämpfen und sich außerdem deutlich häufiger das Leben nehmen. Die Lebenserwartung von Männern ist nach wie vor knapp fünf Jahre kürzer als die von Frauen. Diesen Zustand müssen wir ändern und Strukturen schaffen, in denen sich Jungen und Männer frei entfalten und kritische Männlichkeitsbilder reflektieren können. Das gehört zu einer Gleichstellungspolitik dazu, die die Bedürfnisse von Männern und Jungen berücksichtigt.
FDP	Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bessere Integration geschlechtsspezifischer Faktoren sowohl in das Medizinstudium als auch die Aus- und Fortbildung im Bereich der Gesundheitsberufe ein. Geschlechtsbedingte Unterschiede wollen wir zudem bei medizinischen Forschungsprojekten wie auch der Erstellung von Leitlinien besser abgebildet wissen. Dafür setzen wir uns sowohl auf nationaler als auch europäischer Ebene ein.
Die Linke	Um Ungleichheiten in der medizinischen Versorgung zwischen den Geschlechtern zu verringern, wollen wir zum einen Defizite in der Gesundheitsversorgung von Frauen und queeren Menschen beseitigen. Wir wollen mehr Beratungs- und Gesundheitszentren insbesondere für trans und inter Menschen sowie eine umfassende und kostenfreie Gesundheitsversorgung, die niedrigschwellig und diskriminierungssensibel ist. Außerdem wollen wir unabhängige Frauengesundheitseinrichtungen und frauenspezifische Gesundheitsforschung fördern. Zum anderen wollen wir für einen besseren Gesundheitsschutz von Männern, indem sie durch gezielte Aufklärung und Mobilisierung traditionelle Männlichkeitsbilder kritisch reflektieren und eigene Ressourcen für Selbstschutz aktivieren lernen. Dies muss auch die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle als Mann im Kontext von Familie und Geschlechterverhältnis hinsichtlich unbezahlter Sorgearbeit, Gewaltprävention sowie sexueller und reproduktiver Gesundheit beinhalten.